

FDP widerspricht Kritik an geplantem jüdischen Campus. Eine [neue Bürgerinitiative](#) fordert die „unveränderte Bewahrung“ des Deportations-Mahnmals „Gleis 17“ am Bahnhof Grunewald und protestiert gegen den jüdischen [Else-Ury-Campus](#), den die Moses-Mendelssohn-Stiftung nebenan plant. Auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, **Gideon Joffe**, kritisiert das Projekt. Wir haben darüber hier im Newsletter [und auf Tagesspiegel Plus](#) berichtet.

Die FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf sieht es anders. In der Antwort auf einen offenen Brief, den die Bürgerinitiative an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gerichtet hatte, schreiben FDP-Fraktionschef **Felix Recke-Friedrich** und der Stadtentwicklungspolitiker **Johannes Heyne**: „Für ein Aufrechterhalten der Erinnerung können wir uns nichts Besseres vorstellen, als einen lebendigen Ort der Begegnung von Studierenden, Anwohnern und Interessierten, die sich kritisch mit der Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen.“

Das Gleis 17 sei ein „unvergleichlicher Ort der Mahnung“, finden die FDP-Politiker. Die Gedenkkultur habe sich jedoch verändert. „Gerade in Zeiten der Zunahme von Antisemitismus muss vor allem die jüngere Generation stärker mitgenommen werden.“

Die Fraktion verspricht, keiner Bebauung zustimmen, die „die Verbrechen, welche an diesem Ort begangen wurden, vergessen lässt“. Vom Bahnhof Grunewald aus hatte das NS-Regime ab dem Herbst 1941 mehr als 50.000 Berliner Juden in Konzentrations- und Vernichtungslager gebracht und die meisten dort ermordet.

Anders als bei einem früheren Bauprojekt einer Investorenfirma, das der Bezirk im Jahr 2005 abgelehnt hatte, solle diesmal keine „Luxusbebauung“ entstehen, betonen Recke-Friedrich und Heyne.

Andererseits zeigen sie Verständnis für „die angesprochenen Probleme im Zusammenhang mit der verkehrlichen Erschließung, den Sicherheitsbedürfnissen und der Grünanlage“. Sichtachsen sowie Frei- und Gemeinschaftsflächen müssten „den Gedenkort respektieren“. Neue Bereiche sollten „im Sinne des Erinnerns und Bewahrens entwickelt werden“. Dafür seien die Entwürfe der Stiftung und ihrer Architekten „ein guter Ausgangspunkt“.

Außerdem bittet die FDP darum, sachlich und ruhig mit den Meinungsverschiedenheiten umzugehen. „Eine zugespitzte Debatte mit verhärteten Fronten muss auch aufgrund der Historie des Ortes unbedingt vermieden werden.“